

VOEB stellte Fragen an die Parteien

- hier lesen Sie die Antworten -

(Sept. 2019)

Noch nie war der **Klimaschutz** so eng mit den Anliegen der **österreichischen Ressourcen- und Abfallwirtschaft** verbunden. Unsere Branche verarbeitet wertvollen Abfall und entwickelt daraus **hochwertige Sekundärrohstoffe**, die dem Wirtschaftskreislauf wieder zugeführt werden. So schonen wir unsere Umwelt und unterstützen in Zeiten immer knapper werdender Ressourcen die österreichische Wirtschaft.

Der **Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB)** ist die freiwillige Interessenvertretung der kommerziell geführten Abfallwirtschaftsunternehmen in Österreich. Wir vertreten derzeit mehr als 200 Mitgliedsunternehmen und repräsentieren - gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten - 80 Prozent der privaten österreichischen Abfallwirtschaftsunternehmen. **Die Branche beschäftigt über 43.000 Mitarbeiter, verarbeitet rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls, tätigt jährlich Investitionen in Millionenhöhe und erwirtschaftet in über 1.100 High-Tech-Anlagen Umsätze in der Größenordnung von knapp € 4 Mrd. pro Jahr.**

Um unseren VOEB-Mitgliedsbetrieben eine profunde Einschätzung der Positionen der Parteien der für uns wesentlichen Themen zu ermöglichen, haben wir Fragen an die NR-Abgeordneten gesandt:

1. **Kreislauf für Rohstoffe schließen**
2. **Kunststoffrecycling vorantreiben**
3. **Bewusstsein für Abfall als Ressource stärken**
4. **Deutliche Erhöhung der Batteriesammelquote**
5. **Harmonisierung der Rahmenbedingungen**

Hier lesen Sie die Antworten von

Abg.z.NR Johannes Schmuckenschlager (VP)

Robert Strayhammer MA, Klubsekretär (SP)

Abg.z.NR Walter Rauch, Abg.z.NR MMMag.Dr. Axel Kassegger (FP)

Abg.z.NR Michael Bernhard (Neos)

Mag. Lukas Hammer (Spitzenkandidat-Grüne)

Abg.z.NR Mag. Bruno Rossmann (Jetzt)

A) Kreislauf für Rohstoffe schließen

Die Kreislaufwirtschaft ist ein erklärtes Ziel der Europäischen Union. Die lineare Wirtschaft hat ausgedient; angesichts immer knapper werdender Ressourcen muss die Rohstoffwende endlich Realität werden. Die österreichischen Entsorgungsbetriebe arbeiten täglich daran, aus Abfall wieder Sekundärrohstoffe herzustellen, um diese im Kreislauf zu halten und so CO₂-Emissionen zu senken. Im Restmüll befinden sich immer noch ca. 600.000 Tonnen Wertstoffe, wie Papier und Kunststoffe. Diese herauszuholen bzw. sicherzustellen, dass diese dort gar nicht ankommen, ist das große Ziel der Entsorgungswirtschaft. Mehr dazu: [VOEB fordert mehr Einsatz von Sekundärrohstoffen](#).

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um den Markt für diese Sekundärrohstoffe zu stärken? Wie ist Ihre Einstellung gegenüber einer verpflichtenden Einsatzquote von Sekundärrohstoffen für Industrie und Wirtschaft?

VP:

Mit dem Kreislaufwirtschaftspaket der Europäischen Union ist ein wichtiger Schritt weg von linearen Wirtschaftsmodellen, hin zu einem möglichst geschlossenen System der Kreislaufwirtschaft unternommen worden. Und die **Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft ist, angesichts unserer begrenzten Ressourcen und dem Klimawandel, alternativlos**. Die Neue Volkspartei steht voll hinter den Zielen des Kreislaufwirtschaftspakets. Es war die damalige Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, Elisabeth Köstinger von der Neuen Volkspartei, die in nur sechs Monaten während der österreichischen Ratspräsidentschaft die Einwegplastikrichtlinie – das Verbot von bestimmten Einwegprodukten aus Plastik – verhandelt hat – weg vom Einweg, hin zum Mehrweg und zum Kreislauf. Dies zeigt sich auch im Kunststofftragetaschenverbot, ebenfalls von der Neuen Volkspartei als Initiativantrag eingebracht.

Aber natürlich kann und soll die Überführung in eine Kreislaufwirtschaft nicht allein durch Verbote und Verpflichtungen realisiert werden. Kluges Produktdesign, welches die Wiederverwendung von Ressourcen und Materialien ermöglicht, steht am Anfang dieses Kreislaufes. Da sehen wir, dass auch die Branche dies erkannt hat und intensiv an innovativen Lösungen arbeitet.

SP:

Das **Schließen von Stoffkreisläufen** halten wir für eine zentrale Maßnahme um Ressourcen zu schonen. Wir treten für die Einführung einer Reparaturprämie ein, damit Handwerker vor Ort unterstützt werden, die dafür sorgen, dass Produkte länger verwendet werden können. Wir treten dafür ein, dass die Gewährleistungspflicht deutlich ausgebaut wird.

FP:

Der durchschnittliche Österreicher produziert pro Jahr ca. 587 Kilogramm an privatem Abfall (Industrie- und Landwirtschaftsabfälle nicht mitgerechnet). Damit liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt. Daher ist es umso wichtiger, die Kreislaufwirtschaft

anzukurbeln und diese Abfälle als Sekundärrohstoff weiterhin der Kreislaufwirtschaft zuzuführen. Dabei spielt die Bioökonomie mit dem Augenmerk auf nachwachsenden Rohstoffen und biogenen Stoffkreisläufen eine wichtige Schlüsselrolle. Ein Umstand, dem auch in der von uns bereits umgesetzten integrierten Klima- und Energiestrategie #mission2030 Rechnung getragen wird. In der bereits von uns erarbeiteten Bioökonomiestrategie ist ein Augenmerk die Erarbeitung von möglichst vielen Wiederverwertungs- und Recyclingkreisläufen unter Berücksichtigung der energetischen Verwertungspfade durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen. Innovative Umwelttechnologien ermöglichen die Rückgewinnung biogener Materialien und deren Kreislaufführung und unterstützen die Bioökonomie. Daher ist es auch wichtig, die Circular Economy weiterhin zu unterstützen und zu fördern.

Die **Digitalisierung** ist in diesem Zusammenhang ein Punkt, der immer mehr an Bedeutung gewinnt und die es zu fördern gilt. Durch die Digitalisierung von Prozessen kann eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Entsorgung sowie der Qualität der Sekundärrohstoffe erreicht werden. Weiters spielen Technik und Forschung eine wichtige Rolle. Durch den Einsatz von High-Tech-Sortieranlagen zum Beispiel kommt es ebenfalls zu einer enormen Steigerung der Qualität der Sekundärrohstoffe, was wiederum zu einer Steigerung des Einsatzes dieser Rohstoffe bewirkt.

Für uns ist es wichtig, dass politische Maßnahmen mit der Wirtschaft abgesprochen, anwend- und umsetzbar sind. Daher haben wir auch im Zuge der Bioökonomiestrategie von Anfang auf die Einbindung aller Stakeholder geachtet. Die Wirtschaft kann sich nur gut weiterentwickeln, wenn die Politik entsprechende Maßnahmen zur Verfügung stellt und die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft. **Eine verpflichtende Einsatzquote sehen wir nicht als richtiges Instrument an, um die Kreislaufwirtschaft voranzubringen.** Wichtiger ist es aus unserer Sicht Augenmerk darauf zu legen, wie die gewonnen Rohstoffe am besten und effektivsten wieder in den Markt gebracht werden können. Ein Beispiel dafür war unsere Initiative, vom Billigstbieter- zum Bestbieterprinzip, um so sicherstellen zu können, dass nicht der Preis, sondern die Qualität und der Mehrwert gefördert wird (Stichwort: Nachhaltige öffentliche Beschaffung). Weitere Maßnahmen waren in Absprache mit der Abfallwirtschaft geplant, jedoch kam es aufgrund des vorzeitigen Aus nicht mehr zur Umsetzung.

Neos:

Es ist ein Faktum, dass der Ressourcenverbrauch, Materialkonsum und die Abfallmengen weder nachhaltig noch volkswirtschaftlich sinnvoll sind, daher wollen wir NEOS die Kreislaufwirtschaft forcieren, Ressourcenabhängigkeit minimieren und innovative Urban-Mining Konzepte forcieren. Dafür ist es notwendig Recyclingsysteme zu forcieren, steuerliche Anpassungen zu prüfen und zahlreiche rechtliche Bestimmungen zu durchforsten und zu aktualisieren, wie z.B. das Abfallwirtschaftsgesetz, um die Wiederverwertung zu erleichtern. Für uns ist auch eine Unterstützung der Sharing-Economy ein weiterer Schlüssel zur Ressourcenreduktion. **Ob und wie eine verpflichtende Einsatzquote in welchen Sektoren praktisch umsetzbar ist muss geprüft werden.**

Grüne:

Grundsätzlich sind verpflichtende Einsatzquoten von Sekundärrohstoffen zu begrüßen, allerdings müssen diese mit weiteren flankierenden Maßnahmen verknüpft werden, um eine echte Hebelwirkung zu entfalten. Dazu gehören

Qualitätssicherungsmaßnahmen wie Grenzwerte entlang der gesamten Wertschöpfungsketten, Inverkehrsetzungsbegrenzungen problematischer Stoffe bereits bei (neu) Produktherstellung sowie ähnliche Produktdesign-Vorgaben. Weiters braucht es Vorgaben für die unvermischte Erfassung von Abfällen in einer Form, welche die Gewinnung hochwertiger Sekundärrohstoffe fördert, anstatt behindert, um am Ende auch Sekundärrohstoffe zu haben, die qualitativ nicht unter das Niveau von Primärrohstoffen fallen - auch um das Vertrauen der Käufer dieser Rohstoffe und der daraus hergestellten Produkte nicht zu verlieren.

Bei importierten Produkten, wo Österreich allein solche Einsatzquoten zwar herbeiwünschen, aber kaum effizient erzwingen bzw. kontrollieren kann, muss es europäische Vorgaben geben, für die wir uns im EU-Parlament auch einsetzen. Darüber hinaus sollten auch finanzielle Anreize für den Einsatz von Sekundärrohstoffen, etwa durch höhere Besteuerung von Primärrohstoffen, geprüft werden.

Jetzt:

In diesem Zusammenhang war eine zentrale Forderung von JETZT im Parlament, ein **verpflichtendes Pfandsystem für sämtliche Getränkeverpackungen** in Österreich einzuführen sowie einen neuen rechtlichen Rahmen für einen größeren Mehrweganteil zu schaffen, da im Getränkeverpackungssegment nur so die Recycling und Sammelquote auf das notwendige Maß angehoben werden kann. Wie bei den angesprochenen Verpackungen macht es aber auch in vielen weiteren Bereichen Sinn, die Recyclingquoten zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen zu verbessern. Wenn durch die Politik der Rahmen so definiert wird, dass es zu verpflichtenden Einsatzquoten von Sekundärrohstoffen kommt, so wird auch der Anreiz größer werden, Wertstoffe zu sammeln und zu recyceln. Wir sprechen uns daher für entsprechende Regelungen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft aus. Festzuhalten ist allerdings, dass ein durchdachtes CO₂-Steuermodell sowie ein funktionierender Emissionshandel in der Industrie mit entsprechenden Mindestpreisen für den Ausstoß von CO₂ ein weitaus breiterer und vielleicht auch besser funktionierender Ansatz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft wäre. Aufgrund der geringeren Emissionen im Verhältnis zur linearen Wirtschaft würde sich damit die Wiederverwertung von Wertstoffen attraktiver gestalten.

Welche konkreten Ziele schlagen Sie vor, um den Lebenszyklus eines Produktes auf das Schließen des Kreislaufes auszurichten - Stichwort Ökodesign und Herstellerverantwortung?

VP:

s. Antwort Frage A 1)

SP:

s. Antwort Frage A 1)

FP:

Die derzeitigen Diskussionen auf EU-Ebene, wie etwa die Erweiterung der Herstellerverantwortung, ist vielleicht ein guter Ansatz, jedoch müssen aus unserer Sicht zuerst die anderen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen für die Abfallwirtschaft

sichergestellt sein. Bevor man über eventuelle Erweiterungen nachdenkt, muss sichergestellt sein, dass die bereits bestehenden Vorgaben eingehalten werden. Der im letzten Jahr erreichte Meilenstein, welche die Erhöhung des Anteils an Kunststoffrezyklaten in PET-Einwegflaschen, stellt sicher, dass die Nachfrage nach Rezyklaten bzw. Sekundärrohstoffe steigt. Dass wir uns generell gegen Einwegkunststoffe aussprechen, haben wir bereits mit dem Verbot von Produkten aus Einwegplastik bewiesen. Jedenfalls steht für uns fest, dass die Kreislaufwirtschaft weiterhin angekurbelt werden und jede Maßnahme ergriffen werden muss, die eine **Steigerung der Verwendung von Sekundärrohstoffen** zur Folge hat, unsererseits unterstützt wird. **Die Entsorgungs- und Ressourcenwirtschaft trägt einen enormen Beitrag zum Umweltschutz bei und daher gilt es Anreize zu setzen und diese weiterhin bestmöglich zu unterstützen und zu fördern.**

Neos:

Laut aktuellen Studien ist die Erstnutzungsdauer von vielen Haushalts- und Elektronikgeräten rückläufig. Gerade im Umgang mit Konsumgütern, nicht nur Lebensmitteln, fehlt es oftmals an Wissen und Mündigkeit. Das sehen wir an der enorm hohen Quote an weggeworfenen, aber noch genießbaren Lebensmitteln aber auch am Trend, den Neukauf der Reparatur vorzuziehen. Am Ende entstehen so für den Privaten aber auch für Gesellschaft und Umwelt vermeidbare Mehrkosten- und Belastungen. Die schwedische Regierung hat vor diesem Hintergrund einen eigenen Weg eingeschlagen. Dort wird nämlich versucht, durch gezielte steuerliche Begünstigungen, das Reparieren von Konsumgütern attraktiver zu gestalten. An diesem Beispiel sollte man sich auch in Österreich orientieren. Demnach braucht es in erster Linie Bewusstseinsbildung und darüber hinaus gezielte Fördermaßnahmen, die das Reparieren von Konsumgütern finanziell attraktiver gestalten, um dadurch den Trend "**Reparieren statt Wegwerfen**" von Konsumgütern aktiv zu unterstützen.

Grüne:

Wichtigste Maßnahme zur Verlängerung der Lebensdauer, u.a. durch eine bessere **Reparierbarkeit von Produkten** (Design for Repair). Einerseits müssen hier bestehende Gesetze und Europäische Vorgaben besser und konsequenter vollzogen werden. So widersprechen beispielsweise Apple iPhones der Batterienverordnung, da die Akkus gesetzwidrig (§ 8 Abs 1) fix verbaut und somit nicht austauschbar sind.

Andererseits muss der im Bereich der EU-Ökodesign-Verordnung sehr zaghaft für nur sehr wenige Gerätegruppen eingeschlagene gute Weg rasch weiterentwickelt und auf alle anderen Produkte ausgedehnt werden. Zwar sind Elektrogeräte ein wichtiges Produktsegment, aber auch Möbel, Textilien, Fahrzeuge und vor allem Bauwerke müssen künftig so gestaltet werden, dass sie ein Vielfaches ihrer heutigen durchschnittlichen Lebensdauer halten, und danach die Komponenten wieder aufgefrischt in neue Produkte verbaut werden können (Remanufacturing), und erst wenn auch das nicht mehr geht, muss das recyclinggerechte Design (Design for Recycling) für die Gewinnung hochwertiger Sekundärrohstoffe vorsorgen. Hier stehen wir erst ganz am Anfang eines Umbaus der Wirtschaft in zur dienstleistungsorientierten Werterhaltungs-Ökonomie. Neue Geschäftsmodelle, wie das Vermieten von Endgeräten (wie zum Beispiel Waschmaschinen) müssen aktiv gefördert werden, um Herstellern einen echten Anreiz für die Produktion langlebiger und reparierbarer Produkte zu geben. Darüber hinaus sollte

das Instrument der **erweiterten und individuellen Herstellerverantwortung weiter ausgebaut** werden, um weitere Anreize zum Ökodesign von Produkten zu setzen.

Jetzt:

Im Status Quo stellt sich die Situation so dar, dass oft billigere Produkte eine kürzere Lebenszeit haben als teurere. Auf einen längeren Zeitraum gerechnet, kann also eine gewisse Dienstleistung (zB Wäschewaschen mit einer Waschmaschine) mit einem billigeren Produkt im Endeffekt teurer ausfallen als mit dem langlebigeren teureren Alternativprodukt. Das ist auch aus einem sozialpolitischen Gesichtspunkt nicht wünschenswert, da es zur Kluft zwischen Arm und Reich weiter beiträgt. Der Markt hat diese Situation hervorgebracht und die Politik könnte nun korrigierend intervenieren. Beispielsweise wäre es denkbar, dass bei gewissen Gebrauchsgütern die Verarbeitung verpflichtend so passieren muss, dass Verschleißteile einfach getauscht werden können. Außerdem sollte der absichtlich frühzeitige Verschleiß eines Produkts einem strengen und auch funktionierenden gesetzlichen Verbot unterliegen. Das führt unweigerlich dazu, dass sich der **Produktlebenszyklus verlängert** und Produkte länger in Gebrauch bleiben können. Des Weiteren müssen die emissionsarmen Faktoren „**Reparatur und Arbeit**“ **steuerlich entlastet** und der emissionsreiche Faktor „**Produktion**“ **steuerlich belastet werden**, um tatsächlich einen Lenkungseffekt zu erzielen.

B) Kunststoffrecycling vorantreiben

Im EU-Abfallpaket wurden rechtlich verbindliche Recyclingziele festgelegt. Während Österreich diese Ziele bei Papier, Glas oder Metall zum Teil schon heute erreicht, stellt das Recycling von 50 Prozent der Kunststoffabfälle bis zum Jahr 2025 eine große Herausforderung dar, denn in Österreich werden derzeit nur rund ein Drittel der gesammelten Kunststoffe tatsächlich recycelt. Unklar ist auch, wie die von der EU vorgegebene PET-Flaschen-Sammelquote von 90 Prozent bis zum Jahr 2029 erfüllt werden soll. Die österreichische Ressourcen- und Abfallwirtschaft kennt die Herausforderungen des EU-Abfallpakets und wird sich durch hohe Investitionen darauf vorbereiten, diese Mehrmengen zu behandeln, um so die Ziele des EU-Abfallpakets zu erreichen.

Welche Maßnahmen planen Sie umzusetzen, um die EU-Recyclingziele bei Kunststoff zeitgerecht zu erreichen?

VP:

Österreich ist in den Bereichen Ressourceneffizienz, Recycling und Kreislaufwirtschaft sehr gut aufgestellt. Im Bereich des Recyclings befinden wir uns im Europäischen Spitzenfeld – auch, was das Recycling von Kunststoffen betrifft. Eine der mittelfristigen legislativen Aufgaben ist die Umsetzung der europäischen Einwegplastikrichtlinie in nationales Recht. Entscheidend dabei ist jedoch auch, dass sich Österreich als Standort einer sehr innovativen und wachstumsstarken Umwelttechnikindustrie etabliert hat. Für die Erreichung unserer umwelt- und klimapolitischen Ziele sind innovative Umwelt- und Energietechnologien ein entscheidender Faktor. Bereits in der Vergangenheit haben österreichische Umwelttechnik-Unternehmen und Recycler wichtige Beiträge zur Lösung von Umweltproblemen, zum Klimaschutz und zur Kreislaufwirtschaft, national, aber auch international, geleistet. Österreichische Umwelttechnik verzeichnet so über Jahre hinweg

starke Zuwächse bei Umsatz, Export, und Beschäftigung. **Eine Aufgabe der künftigen Regierung wird sein, weiterhin die unternehmerische Freiheit zu stärken, um somit den österreichischen Technologieführern die Möglichkeit zu geben, ihre Spitzenposition zu behaupten.**

Die Frage nach einem Pfandsystem ist aus unserer Sicht nicht die entscheidende – viel wichtiger ist die Frage, wie wir unsere Sammelquote für Einweg-Getränkeverpackungen verbessern können. Derzeit liegen wir da bei rund 73% bei Plastikflaschen, die getrennt gesammelt werden. Diese Quote müssen wir, auch hinsichtlich der Vorgaben der Einwegplastikrichtlinie verbessern. Da kann das Pfand auf Einweg-Getränkeverpackungen eine Möglichkeit sein. Wir werden uns jedoch auch ansehen müssen, ob wir dies auf einem anderen Weg (Verbesserung der derzeitigen Infrastruktur, Verbesserung der Sortiersysteme) erreichen können. Genau dies soll eine Studie erörtern, die das BMNT (noch unter Elisabeth Köstinger) in Auftrag gegeben hat und deren Ergebnisse bis Ende des Jahres vorliegen werden.

SP:

Die SPÖ hat im Nationalrat die Festlegung eines Reduktionsziels von Minus 25 Prozent bei Plastikabfällen beantragt, leider wurde dieser Antrag von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Hinsichtlich der Einführung eines Pfandsystems wird - längst überfällig - nun vom BMNT eine Grundlagenstudie erarbeitet, die eine gute Entscheidungsbasis liefern sollte. **Einem Pfandsystem stehen wir sehr offen gegenüber.**

FP:

Wie bereits angeführt, wissen wir um die Anstrengungen und der Leistung der Entsorgungs- und Recyclingbetriebe Bescheid, denn sie leisten einen unabdingbaren Beitrag zum Schutz unserer Umwelt. Daher ist es wichtig, gemeinsam Maßnahmen zu finden, welche die angekündigten hohen Investitionen abfedern und so den erfolgreichen Weg weiterhin unterstützen.

Neos:

Wir NEOS sind generell stets bemüht unseren auf EU-Ebene ausverhandelten Verpflichtungen umgehend nachzukommen und werden dies - egal ob in der Oppositions- oder Regierungsrolle - auch in Zukunft so handhaben. Wir wollen hier mit Stakeholdern des Handels, der Industrie, der Umweltorganisationen sowie natürlich der Abfallwirtschaft zusammenarbeiten um effektive, aber praxistaugliche Maßnahmen zu entwickeln. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass ein Pfandsystem sinnvoll sein könnte. Allerdings ist uns in der Umsetzung - wie gesagt - die Praxistauglichkeit sehr wichtig. Die Kinderkrankheiten des deutschen Systems sind hier ein mahnendes Beispiel.

Grüne:

Siehe oben: Sekundärrohstoffquoten für Produkte wo dies Sinn macht, Schaffung von gesetzlichem Druck in Verbindung mit wirtschaftlichen Anreizen für verstärkte sortenreine Sammlung (nicht nur im Verpackungsbereich), etwa durch über Herstellersysteme

finanzierte Prämien für besonders hohe Qualitäten in Sammlung, Sortierung und Aufbereitung sowie die Forcierung von entsprechenden Designvorgaben, um qualitativ hochwertige Sekundärkunststoffgewinnung zu ermöglichen. Besonders wichtig wären hier die Bereiche Textilien, Bau, Möbel, Elektrogeräte, Fahrzeuge. Verpackungen sind ja nur einer von vielen Einsatzbereichen für Kunststoffe. Darüber sollten im Verpackungsbereich ökonomische Anreize für den Einsatz von Sekundärrohstoffen umgesetzt werden.

Jetzt:

s. Antwort Frage A 1)

Sind Sie der Meinung, dass ein Pfand auf PET-Flaschen sinnvoll wäre? Oder soll vielmehr das bestehende Sammelsystem in Österreich noch stärker ausgebaut werden?

VP:

s. Antwort Frage B 1)

SP:

s. Antwort Frage B 1)

FP:

Generell ist jede Maßnahme, welche effektiv und erfolgreich ist, unsererseits zu unterstützen. Hier müsste eine Evaluierung durchgeführt werden, um die Notwendigkeit bzw. die **Durchführbarkeit zu prüfen** - selbstverständlich im permanenten Dialog mit der Entsorgungs- und Abfallwirtschaft. Da eine Einführung eines Pfandsystem auch Kosten für die Unternehmen bedeuten würde.

Neos:

Grundsätzlich befürworten wir wie gesagt ein **Pfandsystem** da es ein wichtiger Teil einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft sein kann, sind aber offen für andere Konzepte die idealerweise auf praktischen Erfahrungen in anderen Ländern beruhen. Egal welche Lösung im Endeffekt kommt, die Recycling-Quote muss weiter gesteigert werden und auch vonseiten des Konsumenten das Bewusstsein für den Wert der Rohstoffe gesteigert werden.

Grüne:

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass **Pfandlösungen die besten Ergebnisse** hinsichtlich Recyclingqualität und -quantität bringen. Aktuell werden 65 Prozent der PET Flaschen getrennt gesammelt, 45 Prozent werden tatsächlich zu neuem Granulat verarbeitet Österreich ist verpflichtet, bis zum Jahr 2029 eine Sammelquote von 90 Prozent zu erreichen. Ohne einem Pfandsystem scheint dieses Ziel technisch fast ausgeschlossen - und wenn dann nur mit sehr hohen Kosten, da die Grenzkosten für jeden zusätzlich zu erreichendem Prozentpunkt stark ansteigen werden. Eine Pfandlösung ist hier sowohl ökonomisch vernünftiger als auch verlässlicher. Also warum zuerst mit

noch mehr "business as usual" scheitern und Geld verbrennen, um dann erst recht ein Pfand einführen zu müssen, anstatt dies gleich zu tun? Zudem ist ein Pfandsystem (das wir generell für alle Getränkeverpackungen fordern) auch eine effektive Maßnahme gegen Littering.

Jetzt:

siehe Antwort Frage A 1)

C) Bewusstsein für Abfall als Ressource stärken

Nur jeder vierte Österreicher unter 30 Jahren ist sich sicher, welcher Abfall in welche Mülltonne gehört. Eine korrekte Mülltrennung ist aber Voraussetzung, damit die Entsorgungsbetriebe aus Abfall wertvolle Ressourcen entwickeln, die der Kreislaufwirtschaft zugeführt werden. Mehr dazu: [85 Prozent der Österreicher achten auf Mülltrennung](#) und [Plastik vermeiden oberster Vorsatz der Österreicher für 2019](#).

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Öffentlichkeit – insbesondere junge Menschen – noch stärker über die Wichtigkeit und die Bedeutung von Abfall als wertvolle Ressource zu informieren?

VP:

Österreich hat eine hervorragende Abfallwirtschaft. In kaum einem anderen Land sind die Gemeinden und Städten so sauber wie in Österreich – auch dank der vorbildlichen Arbeit der österreichischen Entsorgungsbetriebe. Müll ist also kaum sichtbar – und in den Köpfen der Menschen daher nicht existent. Wir müssen also vermehrt kommunizieren, welche wertvolle Ressource unser Müll darstellt. In Zeiten ständig steigender Primärressourcen und eines steigenden Ressourcenverbrauches kommen wir nicht um die Nutzung unseres Abfalles – und in den Übergang einer linearen Wirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft herum.

Ein weiterer Aspekt, der uns beim Übergang in die Kreislaufwirtschaft hilft, ist die Mülltrennung. Je „sortenreiner“ die Rohstoffe gesammelt werden, umso einfacher und besser wird deren weitere Verwertung. Mülltrennung wird in Österreich grundsätzlich sehr gewissenhaft praktiziert und erlaubt uns in vielen Bereichen hohe Recyclingquoten zu erfüllen – wie etwa beim Altpapier oder beim Altglas. Dennoch müssen wir, v.a. im urbanen Raum und in den Schulen darauf achten, dass die Bedeutung der Mülltrennung nicht in Vergessenheit gerät. Vieles, was funktioniert, wird von den Menschen als gegeben hingenommen. Mülltrennung ist jedoch kein Automatismus, sondern bedarf einer aktiven Handlung. Gerade bei jungen Menschen, im Kindergarten und in den Schulen sollten wir wieder vermehrt auf den Nutzen und den Wert der Mülltrennung hinweisen. Dies gilt im Besonderen bei jenen Rohstoffen, bei denen wir im Recycling noch Steigerungspotential (Batterien) haben.

Eine weitere kommunikative Aufgabe ist die Aufklärung von „urban legends“ wie – „eh egal wo ich was reinschmeiße, kommt im Müllauto ohnehin wieder zusammen“. Da müssen wir, **mit Unterstützung der Entsorger**, entschieden kommunizieren: „Nein, das stimmt nicht – Mülltrennung hilft unsere Ressourcen zu schonen und Abfall als Wertstoff wiederzugewinnen.“

SP:

Bewusstseinsbildung halten wir für einen wichtigen Aspekt, allerdings müssen die Menschen auch adäquate Möglichkeiten vorfinden, zur Ressourcenschonung beizutragen, etwa indem das **Produktdesign** darauf Rücksicht nimmt oder **Sammelsysteme niederschwellig und flächendeckend** aufgesetzt sind.

FP:

Wichtig sehen wir aber nicht nur Maßnahmen, die die Politik ergreifen kann, sondern auch die **Öffentlichkeitsarbeit sowie die Bewusstseinsbildung**. Zahlreiche Kampagnen auf Bundesebene aber auch in den Ländern zeigen bereits, dass sich viele gar nicht bewusst sind, wie viel Müll sie produzieren, wieviel Müll sie eigentlich vermeiden könnten und was dieser Müll eigentlich anrichtet. Schon von klein an muss hier ein Augenmerk daraufgelegt werden, sodass es gar nicht zu solchen enormen und unnötigen Lebensmittelabfällen kommt. Doch damit auch der anfallende Müll entsprechend verwertet werden kann, ist es umso wichtiger auch im Bereich der Mülltrennung entsprechende Maßnahmen bei jung und alt zu setzen.

Neos:

Bildung und Sensibilisierung ist hier entscheidend, sowohl durch Schwerpunkte in der Schule als auch durch Medienkampagnen und Vorbildwirkung durch öffentliche Institutionen und Personen. Hier gibt es Grund zur Hoffnung: Die in den vergangenen Monaten auf sozialen Medien populäre #trashchallenge hat gezeigt, dass es bei vielen jungen Menschen schon ein beachtliches Maß an Problembewusstsein und Eigenverantwortung gibt.

Grüne:

Die wichtigste Botschaft für die Öffentlichkeit gilt zuerst der Vermeidung von Abfällen und dann der Bedeutung derselben als wertvolle Ressource. Die kommunale Umwelt- und Abfallberatung hat - gemeinsam mit der Wirtschaft - in den letzten Jahrzehnten mit dazu beigetragen, dass **Österreich weltweit eine Spitzenposition bei der getrennten Abfallsammlung** hat. Steigende Herausforderungen in diesem Bereich erfordern auch steigende Anstrengungen bei der Öffentlichkeitsarbeit. Die Anzahl der aktuell tätigen kommunalen AbfallberaterInnen muss dementsprechend erhöht, deren Tätigkeitsprofil und die Finanzierung müssen weiterentwickelt, gesetzlich besser verankert und in mehr und bessere Arbeitstechniken und überregionale Zusammenarbeit investiert werden. Auch in eine verpflichtende qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung muss investiert werden, denn aktuell liegt der Altersschnitt der etwa 350 AbfallberaterInnen über 50 Jahren, eine Pensionswelle steht bevor und viele Stellen werden schon heute entweder nicht nachbesetzt oder mangels spezifischer Ausbildungen mit ungenügend qualifiziertem Personal. Mülltrennung ist bereits fixer Bestandteil in der Schulbildung aber der Volksschule. Dies soll fortgeführt und ausgebaut werden.

Jetzt:

Statt weiter mit viel Steuergeld unsinnige Eigenwerbung in Medien zu betreiben, sollte die nächste Regierung eine umfassende Informationskampagne starten, die die Menschen wieder auf den neuesten Stand der Mülltrennung bringt bzw das Wissen darüber auffrischt. Eine solche Kampagne kann bspw Inserate, Radio und TV-Beiträge, Straßenplakate oder auch Haussendungen beinhalten. Es wäre außerdem sinnvoll, wenn die richtige Art der Mülltrennung in der Schule im notwendigen Maße unterrichtet wird – unabhängig von der Schulstufe. Nur wer Bewusstsein schafft, kann ein positives Verhalten aktiv herbeiführen.

D) Deutliche Erhöhung der Batteriesammelquote

Eine aktuelle Studie der Montanuniversität Leoben bestätigt, dass der steigende Anteil der Lithium-Batterien im Restmüll mit einer Zunahme von Bränden in Entsorgungsfirmen eindeutig korreliert – beide sind in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Fast wöchentlich stehen Betriebe in Flammen, der finanzielle Schaden geht in die Millionenhöhe. Erst kürzlich waren bei einem Brand hunderte Feuerwehrmänner im Einsatz, einer von ihnen wurde bei den Löscharbeiten verletzt. Deshalb fordert der VOEB gemeinsame Bemühungen zur Erhöhung der Batteriesammelquote von derzeit 45 auf mindestens 75 Prozent. Mehr dazu: [Steigende Brandgefahr durch Lithium-Batterien](#).

Wie stehen Sie zu diesem Thema und kann der VOEB auf Ihre Unterstützung zählen, um die Sammelquote von Batterien zu erhöhen und so gefährliche Brände – nicht nur bei unseren Mitgliedsbetrieben, auch in privaten Haushalten – zu vermeiden?

VP:

Die steigende Brandgefahr durch Lithium-Batterien ist eine große Herausforderung für die Branche. Entsorgungsbetriebe, Lagerhallen oder sogar Müllautos, die aufgrund ungemäßer Entsorgung in Flammen aufgehen, sind ja leider derzeit eher die Regel denn die Ausnahme. Auch hier ist wieder **die Innovationskraft der Branche** zu loben, die fieberhaft nach Lösungen sucht. Die Lösung des Problems kann aber nicht nur den Entsorgungsbetrieben überantwortet werden. Auch auf Seiten der Konsumentinnen und Konsumenten muss der Hebel angesetzt werden. Vielen ist die Gefahr, die durch unsachgemäße Entsorgung von Batterien im Allgemeinen, von Lithium Batterien im Speziellen, ausgeht, nicht bewusst. Anders sind die leider sehr niedrigen und rückläufigen Sammelquoten von Batterien von rund 45% nicht zu erklären. Hier sehen wir **vor allem bei den Herstellern und Inverkehrsetzern (Handel) eine große kommunikative Aufgabe**. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen aufgeklärt werden, dass achtlos weggeworfene Batterien nicht nur ein ökologisches Problem, sondern eine Gefahrenquelle darstellen.

SP:

Die Verbreitung von Li-Ionen-Batterien nimmt immer stärker zu und wir begrüßen, wenn diesem Umstand auch in der Sammlung und Behandlung größere Bedeutung zukommt.

FP:

Mehr als die Hälfte aller Batterien werden leider nicht fachgerecht entsorgt. Das ist ein untragbarer Zustand. Hier sind einerseits wir als Politik gefordert, die **Öffentlichkeitsmaßnahmen zu verstärken**, um auf die Problematik aufmerksam zu machen und die Bewusstseinsbildung zu schärfen. Dies führt zum nächsten Punkt: der Verantwortung eines jeden einzelnen Konsumenten, der seine Batterien korrekt entsorgen muss. Aber auch die **Hersteller müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein** und dafür Sorge tragen, dass die Gefahr von Lithium-Batterien klar erkennbar ist und die Entsorgung der Batterien auch sichergestellt ist, in dem die Batterien aus Geräten auch entfernt werden können.

Neos:

Wir sind an diesem Thema und den **Lösungsvorschlägen des VOEB** sehr interessiert und gerne bereit im Zuge der parlamentarischen Arbeit auch mit allen anderen Fraktionen und Stakeholdern zusammenzuarbeiten, um den entsprechenden regulativen Rahmen zu schaffen.

Grüne:

Wir treten für ein **Batteriepfand ein, um die Sammelquote signifikant zu erhöhen**. Weiters fordern wir eine drastische Nachschärfung bei Ökodesign-Vorgaben zur besseren Lokalisierbarkeit und Entnahme von Akkus aus Geräten auf EU-Ebene mit Inverkehrsetzungsverboten bei Zuwiderhandeln, die auch exekutiert werden. Viele Akkus sind heute in Geräten fix verbaut, die später in Schreddern landen. Das muss gestoppt werden. Dazu kann dann indirekt auch ein Kleingerätepfand beitragen, um diese Geräte gleich in gut betreute Sammelkanäle zu lenken anstatt in Großcontainer und Schredder. Außerdem müssen KonsumentInnen viel offensiver über diese Brände aufgeklärt werden, und dass sie selbst durch verantwortungsvolles Verhalten beitragen können, hier Leben und Gesundheit von Menschen zu schützen.

Jetzt:

Ja, dieses wichtige Thema findet unsere volle Unterstützung.

E) Harmonisierung der Rahmenbedingungen

Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung sind Schlüsselbegriffe, die mittlerweile jede politische Partei verwendet. Der gesamten Wirtschaftskette, aber auch Verwaltung und Vollzug in den Ländern würde eine legislative Harmonisierung guttun. Derzeit sind beispielsweise die gesetzlichen Rahmenbedingungen in zehn unterschiedlichen Abfallwirtschaftsgesetzen geregelt, wodurch sich teilweise massive Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern ergeben. Der VOEB unterstützt eine Vereinheitlichung der Landes-AWG in einem einzigen Ressourcenwirtschaftsgesetz.

Wie stehen Sie zu einer tatsächlichen Verwaltungsvereinfachung in der Abfallwirtschaft, um Synergie- und Einsparungsmöglichkeiten zu nutzen?

VP:

Im Sommer 2018 wurde von der damaligen Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, Elisabeth Köstinger, ein Arbeitskreis eingerichtet, der sich genau mit den Fragen der **Verwaltungsvereinfachung** beschäftigt hat. Der **VOEB hat dabei sehr aktiv mitgewirkt**, dass im Frühjahr 2019 eine AWG Novelle präsentiert wurde, die zahlreichen Punkten genau diese Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung erfüllt. Wir haben also gezeigt, dass Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung nicht nur Schlüsselbegriffe sind, sondern das Credo unserer politischen Arbeit. Dieses wollen wir auch in der nächsten Regierung erfüllen.

SP:

Wenn eine Vereinheitlichung dazu führen soll, bestehende Standards nach unten zu verschieben, lehnen wir das Vorhaben ab. Sollte es jedoch konkrete und nachvollziehbare Verbesserungsvorschläge geben, werden wir uns damit auseinandersetzen.

FP:

Erst mit einer **Reform der Verfassung im Bereich der Kompetenzverteilung** kann eine echte Verwaltungsreform und -vereinfachung im Bereich Bund, Länder, Städten und Gemeinden angegangen werden. Wesentliche Punkte einer Verwaltungsreform sind im Sinne der Effizienzsteigerung und Strukturbereinigung der Abbau von Doppel- und Mehrgleisigkeiten sowie die Beseitigung von Kompetenzüberschneidungen der Gebietskörperschaften. Im Zuge einer echten Kompetenzbereinigung wird sich unter Miteinbeziehung von Subsidiaritätsaspekten zeigen, auf welcher Ebene welche Materien vorzugsweise und im Interesse der Bürger bestmöglich geregelt werden sollten.

Neos:

Wir befürworten grundsätzlich jede **Entbürokratisierung und regulative Erleichterung**, welche die innovative Nutzung und Wiederverwertung von Abfällen vorantreibt und nachhaltigere Wirtschaftsformen begünstigt.

Grüne:

Das unterstützen wir, allerdings unter der Bedingung, dass es dabei keine Nivellierung nach unten, sondern deutlich nach oben gibt (es gibt aktuell Länder die sehr engagiert im Bereich Abfallwirtschaft agieren, andere weniger), und dass sinnvolle regionale Gestaltungsspielräume auf der kommunalen Ebene erhalten bleiben, um regionale Besonderheiten optimal in der Ausgestaltung von Sammelangeboten und Gebühren zu berücksichtigen.

Jetzt:

Wir stehen gänzlich hinter einer **Verwaltungsvereinfachung in der Abfallwirtschaft**, wenn sie Einsparungen und Verbesserungen im System schafft. Dies gilt im Übrigen auch für viele weitere Rechtsbereiche. Zahlreiche landesgesetzliche Materien könnten auf Bundesebene zweckdienlicher geregelt werden.

F) Was können wir für Sie tun?

Der VOEB pflegt seit jeher einen regelmäßigen konstruktiven Austausch mit Meinungsbildnern und Entscheidern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. In diesem Sinne ist es uns ein großes Anliegen, auch Sie in Ihrer Arbeit bestmöglich zu unterstützen.

Welche Themen sind Ihnen besonders wichtig – wie beispielsweise Ressourcenmanagement, Kreislaufwirtschaft, getrennte Sammlung, Klimaschutz – und in welchen Bereichen kann der VOEB Beiträge für Ihre politische Tätigkeit liefern?

VP:

Wie erwähnt – Österreich ist ein sauberes Land. Dies ist nicht zuletzt der engagierten Arbeit der österreichischen Entsorgungsbetriebe geschuldet. Der **VOEB ist ein verlässlicher Partner, mit dem man gemeinsam oben genannte Themen angehen muss** – die getrennte Sammlung als erster Schritt mit dem Ziel einer möglichst geschlossenen Kreislaufwirtschaft. Nur die Kreislaufwirtschaft garantiert, dass wir möglichst schonend und effizient mit unseren Ressourcen umgehen. Und nur wenn wir weltweit ein effizientes Ressourcenmanagement erreichen, lässt sich aktiver Klimaschutz umsetzen – und das muss unser aller Ziel sein.

SP:

Der VOEB leistet einen wichtigen Beitrag mit Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis der Entsorgungsbetrieben, die der Politik auch bei der Einschätzung gesetzlicher Regelungen helfen.

FP:

Uns Freiheitlichen ist insbesondere die Entlastung der heimischen Wirtschaft, die letztlich die Grundlage für Beschäftigung und damit für Wohlstand darstellt, ein großes Anliegen. Daher sind für uns gerade Informationen über Probleme und Schwierigkeiten, die sich für Unternehmen in der täglichen Praxis ergeben, von großem Interesse. Der **Austausch zwischen Politik und Wirtschaft ist uns wichtig** und daher hoffen wir, dass Sie auch auf uns zukommen und uns aktiv auf Ihre Herausforderungen im Zuge eines konstruktiven Dialogs darauf aufmerksam machen.

Neos:

Wir sind selbstverständlich jederzeit **für Ihren Input** - sei es Policy-Vorschläge, lokale oder internationale Best-Practice Beispiele oder sonstige Anregungen zu sämtlichen Problemstellungen der Umwelt- und Ressourcenpolitik - **offen und dankbar**. Am meisten freuen wir uns über konkrete Beispiele welche kleinen Gesetzesänderungen oder regulative Änderungen nachhaltige Innovationen fördern oder Unternehmen und Privatpersonen die Wiederverwertung oder Vermeidung von Abfällen forcieren können.

Grüne:

Wir würden uns wünschen, dass die sehr komplexen Herausforderungen - von denen Sie bereits einige angesprochen haben - **künftig breiter, offener und transparenter diskutiert werden, um zu besseren Lösungen zu kommen**. Dazu ist zivilgesellschaftliche Partizipation enorm wichtig. Hier fehlen oftmals Ressourcen für entsprechende Diskussionsforen, Studien oder partizipative Planungsprozesse. Hier wären die Akteure der Wirtschaft gefragt, Mut zum Diskurs zu zeigen und für diesen Diskurs auch die für Partizipation vermeintlich Andersdenkender, z.B. NGOs, nötigen Mittel bereitzustellen. Denn im Endeffekt wird sich zeigen, dass eine solche Partizipation auch der Wirtschaft hilft.

Wien, am 23. September 2019